

### **Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage TA\_03/2007.

### **Luftreinhalteplan Ludwigsburg**

Der **Vorsitzende** erklärt, die Freien Wähler hätten die Verwaltung gebeten, etwas zum Thema Feinstaub zu sagen.

Herr **Vogt** berichtet, der Ausschuss für Umwelt und Technik sei am 26.09.2005 über den Entwurf des Luftreinhalteplans des Regierungspräsidiums Stuttgart informiert worden. Seit Frühjahr 2006 lägen nunmehr die einzelnen Teilpläne vor. Nachdem im Entwurf des Jahres 2005 zunächst nur Dieselfahrzeuge schlechter als Euronorm 1 ab dem 01.07.2007 von Fahrverboten betroffen sein sollten, seien es bei der Veröffentlichung im Frühjahr 2006 bereits Dieselfahrzeuge schlechter als Euronorm 2 und Benzinfahrzeuge ohne geregelten Katalysator gewesen. Mit der Kennzeichnungsverordnung des Bundes, die am 1. März 2007 in Kraft getreten sei, seien bisher auch Fahrzeuge mit geregeltem Katalysator nach US-Norm von den Fahrverboten umfasst. Diese ständige Ausweitung des betroffenen Fahrzeugbestandes habe zu der Situation geführt, dass allein im Landkreis Ludwigsburg rund 83.000 Fahrzeuge betroffen seien. Bei einem gesamten Fahrzeugbestand von rund 410.000 Fahrzeugen entspreche dies einem Anteil von etwas 20 %. Soweit die Fahrzeuge mit Katalysatoren nach US-Norm ausgenommen würden, hätte sich die Zahl der betroffenen Fahrzeuge auf 50.000 reduziert, was immer noch einem Anteil von 12,2 % entspreche. Weiter sei, bis die Beschilderungspläne der Städte Ludwigsburg und Stuttgart vorgelegt worden seien, nicht klar gewesen, dass die Städte Stuttgart und Ludwigsburg beabsichtigten, jeweils Umweltzonen in ihren gesamten Stadtgebieten einzurichten. Die Landkreisverwaltung sei von diesen Städten im Januar 2007 aufgefordert worden, zu den Standorten der Verkehrszeichen eine Stellungnahme abzugeben und habe daraufhin die betroffenen Gemeinden angehört. Auf Wunsch der Kommunen habe am 12. Februar 2007 eine gemeinsame Besprechung im Kreishaus stattgefunden. Herr Vogt weist darauf hin, dass für die Ausweisung der Umweltzonen die Städte zuständig seien.

Herr **Meier** berichtet, die Plaketten würden bei den Technischen Prüforganisationen, den für die Abgasuntersuchung anerkannten Werkstätten sowie beim Landratsamt ausgegeben. Die Plaketten könnten im Landratsamt persönlich abgeholt werden. Die Bestellung sei auch schriftlich oder per Internet möglich. Das Landratsamt gebe die Plaketten generell für 5,- Euro ab. Die privaten Ausgabestellen könnten ihre Preise selbst festlegen. Seit letztem Mittwoch seien beim Landratsamt rund 6.000 schriftliche Anträge eingegangen. Ausgegeben habe das Landratsamt bisher rund 2.500 Plaketten.

KR **Kirnbaier** kritisiert, dass die Luftreinhaltepläne für die einzelnen Kommunen nicht vorher mit dem Regierungspräsidium abgestimmt worden seien. Die Gemeinden seien nicht informiert worden, dass es in Baden-Württemberg einzelne Städte gebe, die von den Maßnahmen betroffen seien. Der Vorlauf für die neue Verordnung sei zu gering. Die Industrie habe Probleme, weil sie erst kurzfristig erfahren habe, welche Schlüsselnummern betroffen seien. Er habe bei den Handwerkern in Ludwigsburg nachgefragt und 40 – 50 % der Fahrzeuge im Transportbereich müssten aufgrund des Luftreinhalteplans ausgetauscht werden. Er befürchte auch Probleme für den Einzelhandel durch die Fahrverbote.

KR **Arnold** erklärt, es komme zu abstrusen und seltsamen Verkehrsverlagerungen, da das Thema nicht einheitlich und konsequent angegangen werde.

KR Weigle erklärt, es sei gut, dass man sich Gedanken mache. Das Problem sei die Verfahrensweise, da die betroffenen Kommunen nicht beteiligt würden. Die Kommunen seien erst aufgewacht, als der Beschilderungsplan der Stadt Ludwigsburg vorgelegen habe. Er gibt Beispiele, wie der Beschilderungsplan Zufahrten zu Industriegebieten anderer Gemeinden erschwert. Er sei dankbar, dass Herr Vogt zu einem Koordinationsgespräch eingeladen habe, aber eine Lösung gebe es nicht.

Der Vorsitzende erklärt, man befinde sich auf einem Terrain, wo man nicht wirklich etwas verändern könne. Am ehesten seien zwei Gesichtspunkte zu lösen: Es gehe zum einen um die interkommunale Rücksichtnahme und Städte und Gemeinden sollten sich untereinander abstimmen. Hier sei der Landkreis bereit, bei der Moderation zu unterstützen. Wenn man etwas tun wolle gegen Feinstaub, müsse man irgendwo anfangen. Zum anderen führe die Tatsache, dass Umweltzonen eingeführt würden, dazu, dass sich die Leute über das Thema Gedanken machten. Die Maßnahmen seien flankiert von Steuervergünstigungen, so dass es vielleicht nicht in dem Maße zu Verkehrsverlagerungen kommen werde wie befürchtet.

KR Renkonen erklärt, die Debatte werde von der falschen Seite her aufgezündet. Es gebe Kommunen, die jetzt mehr belastet seien, aber man müsse doch irgendwo anfangen. In Deutschland hätten sich weder die Politik noch die Autoindustrie rechtzeitig um die Thematik Feinstaub gekümmert. Es gehe um den Gesundheitsschutz von Menschen. Der Bürger müsse geschützt werden und deshalb seien die Umweltzonen sinnvoll.

KR Schlobach merkt an, dass nach einer Pressemitteilung der VVS Stuttgart Spitzenreiter bei den Preissteigerungen im ÖPNV sei. Er fragt, ob die Berechnung richtig sei.

Der Vorsitzende sagt zu, das Thema zu prüfen und zu berichten.

Dr. Schnaudigel erklärt auf Nachfrage von KR'in Mannhardt, dass der Stand der Flurbereinigung am Hohen Asperg vermutlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik behandelt werde.